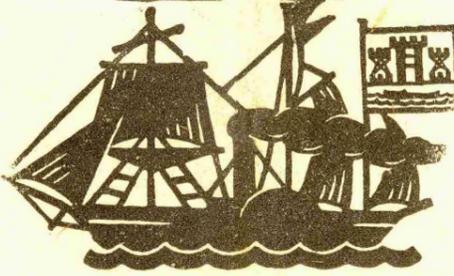


Erscheint täglich nachmittags 3 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen. Monatlicher Bezugspreis: Für Abholer 4,50 Lit.



Anzeigen kosten für den Raum der 11. Spalte im Memelgebiet und in Litauen 18 Cent, in Deutschland 9 Pfennig; in Litauen 1,10 Lit.

# Memeler Dampfboot

Führende Tageszeitung des Memelgebietes und des übrigen Litauens

Nummer 294

Memel, Sonnabend, den 17. Dezember 1938

90. Jahrgang

## Vollkommene Geschlossenheit des Memeldeutschentums

### Es bekannte sich zu hundert Prozent zum Deutschtum, zur nationalsozialistischen Weltanschauung und zu seinem Führer Dr. Neumann

Memel, 16. Dezember.

Wenn heute abend in Memelland die Glocken läuten und von den Höhen die Freudenfeuer brennen werden, wenn Memeldeutsche trotz der eifigen Kälte mit Tausenden von Fackeln durch die Dunkelheit marschieren werden, wenn auch die kleinsten Dörfer hinter den Wäldern und hinter den Mooren ebenso wie unsere Stadt am Meer bis zum Sonntag im Schmuck der grünweißen Fahnen, der Kränze und Girlanden und einer feierlichen Beleuchtung stehen werden, dann wird das Memeldeutschentum in tiefer Freude einen Sieg feiern, wie es ihn in dieser Größe bisher noch niemals errungen hat.

Das endgültige amtliche Ergebnis steht immer noch nicht fest, es wird für heute abend erwartet. Nach den vorläufigen amtlichen Feststellungen sind aber von den rund 2.100.000 abgegebenen gültigen Stimmen 1.826.981 für die Memeldeutsche Liste abgegeben worden, während die vier vereinigten litauischen Parteien nur 266.485 Stimmen erhalten haben.

Noch augenfälliger tritt der große Erfolg der Memeldeutschen Liste in Erscheinung, wenn man daran denkt, daß die litauischen Parteien nur mit einem verhältnismäßig kleinen Übergewicht der Reststimmen den vierten Abgeordneten erhalten haben. Auf die vier litauischen Parteien entfallen rund 3,7 Sitze. Die litauischen Parteien hätten also, wenn nur einige hundert Wähler weniger sie gewählt hätten, nur drei Sitze erhalten.

Die litauischen Parteien haben, wie die Wählerlisten zeigen, den letzten Mann zur Wahlurne gebracht, und auch die jüdische Bevölkerung ist ge-

schlossen zur Stimmabgabe gegangen und hat die litauischen Parteien gewählt. Worauf ist also der weitere Rückgang der für die litauischen Parteien abgegebenen Stimmenzahl zurückzuführen? Um das feststellen zu können, muß man auf die bisherigen Landtagswahlen zurückgehen.

Bei den ersten Wahlen zum Landtag im Jahre 1925 erhielten die litauischen Parteien zwei Abgeordnete, während die übrigen 27 der deutschen Einheitsfront zuzielen. Diese beiden litauischen Abgeordneten waren von den eingewanderten Großlitauern gewählt worden, und zwar bestanden diese so gut wie durchweg aus ländlichen Einwohnern. Von einer nennenswerten litauischen Zuwanderung konnte damals noch nicht die Rede sein. Diese machte sich aber bereits bei den Wahlen zum zweiten Landtag, die im August 1927 nach der Auflösung des ersten Landtages stattfanden, bemerkbar. Es kamen damals bereits vier litauische Abgeordnete in den Landtag, und der Gewinn von zwei Abgeordneten war auf die bereits schon in Gang gekommene Zuwanderung aus Großlitauen zurückzuführen.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahl

	Memeldeutsche Liste	Litauische Parteien	In Prozent f. Memeld. Liste
Memel-Stadt	576 614	131 987	81,37 %
Memel-Land	324 727	49 029	86,88 %
Krs. Hendekrug	453 966	35 045	92,83 %
Krs. Pogegen	471 674	50 424	90,34 %
<b>Im gesamten Memelgebiet</b>	<b>1 826 981</b>	<b>266 485</b>	<b>87,27 %</b>

wählt haben, dann wären der Einheitsliste 28 Sitze zugefallen, die litauischen Parteien hätten nur einen Sitz erhalten.

Bei diesen Wahlen nun ist die Lage so, daß die litauischen Parteien nicht einen einzigen Abgeordneten in den Landtag hineinbekommen hätten, wenn nur die Bevölkerung hätte wählen dürfen, die 1920 bei der Abtrennung des Memelgebietes von Deutschland oder auch 1923 bei der Befreiung des Gebietes durch Litauen hier wohnte. Würden die Bedingungen etwa der Saarabstimmung diesen Wahlen zugrundegelegt worden sein, dann hätten praktisch hundert Prozent der Bevölkerung sich zum Deutschtum bekannt. Aber auch so hat diese Wahl schon einen Sieg gebracht, wie er schöner und eindrucksvoller garnicht erwartet werden konnte. Das gesamte Memeldeutschentum bekannte sich in absoluter Vollkommenheit zum Deutschtum, zur nationalsozialistischen Weltanschauung und zu seinem Führer Dr. Neumann.

### Polnische Wünsche ...

Warschau, 16. Dezember. (Gta.) „Kurzer Polster“ kommentiert die Wahlen zum Memeldeutschen Landtag und verurteilt dabei die Haltung der französischen und englischen Presse, die mit einer geradezu erstaunlichen Klammerei (Defaitismus) das Memelproblem als Ausgangspunkt und als Fortleitung der Revisionsbewegung Deutschlands ansieht. Die Zeitung erkennt durchaus die Bedeutung des deutschen Elements in Memel an sowie die Schwierigkeiten, die unter den Litauern und Deutschen in Memel noch vor den Zeiten des Dritten Reiches bestanden und jetzt noch größer geworden sind; sie betont, daß in dieser Angelegenheit die Auslandspresse eine Atmosphäre äußerer Unruhe verbreite. Das Memelproblem, so fährt der Verfasser fort, könne selbstverständlich weder Litauen, noch den übrigen baltischen Staaten gleichgültig sein. „Das Fenster zur Welt“, Memel, bildet für Litauen ein Problem von größter Bedeutung. Die Wichtigkeit dieses Problems sei noch deswegen gestiegen, weil die Beziehungen Litauens und Polens wieder normal geworden sind und in Bälde ein Handelsvertrag zwischen den beiden Staaten abgeschlossen werden wird. Dieser baltische Hafen ist der natürliche Ausgang zum Meer für das ganze litauische Hinterland. Zugleich wird er der natürliche Weg für den Export aus Nordost-Polen, zu dem er der nächste baltische Hafen ist, und auf diese Weise bildet er ein neues „Fenster zur Welt“ für Polen. Unter diesen Umständen könne das Memel-

problem nicht nur als ein solches angesehen werden, das Litauen, Deutschland und die Signatarmächte der Memelkonvention angeht, sondern es müsse als allgemeines baltisches Problem angesehen werden, welches direkt das ganze baltische Gebiet betrifft, in dem Polen lebenswichtige Interessen hat. Alles, was in und um Memel geschieht, könne für Polen nicht gleichgültig sein.

Der Verfasser schließt folgendermaßen: „Es hat den Anschein, daß Deutschland, obwohl es seine Volksgenossen in Memel nicht vergißt, dennoch Verständnis für die Schwierigkeiten hat, die aus einem, wenn auch nur geringen, Bruch des Status quo entstehen könnten. Wir sind der Ansicht, daß wir zur Erhaltung des Friedens mehr beitragen dadurch, daß wir die Rolle Memels im Baltischen Meer und die in Memel bestehenden Schwierigkeiten betonen, als daß wir in defaitistischer Weise mit einer Veränderung des gegenwärtigen Bestandes rechnen.“

Wir bringen diese Auslassungen des polnischen Blattes, weil sie für die Ansichten und Stimmungen auf polnischer Seite kennzeichnend sind. An dem Weg, den das Memeldeutschentum geht, wird auch die polnische Haltung nichts ändern können. Die Ned. des M. D.

### Nach dem Besuch von Mertns

Warschau, 16. Dezember (Gta.) „Expresz Poranny“ erklärt im Zusammenhang mit dem Besuch des Bürgermeisters von Kaunas, daß dieser Besuch eine neue Atmosphäre in den litauisch-polnischen Beziehungen schaffe. Die Zusammenarbeit der Staaten müsse nicht nur auf diplomatische Dokumente, sondern auch auf die Freundschaft und das Vertrauen der Völker gestützt werden. Der direkte Kontakt der beiden Hauptstädte werde, wenn er weiter ausgebaut wird, eines der besten Elemente der gegenseitigen Verständigung darstellen.

### Verhaftungen und Zwangsarbeitslager

Acht Personen wurden im Zusammenhang mit den oppositionellen Bestrebungen verhaftet

h. Kaunas, 16. Dezember. Die im Zusammenhang mit den Ausschreitungen und oppositionellen Bestrebungen verhafteten Personen sind bis auf acht auf freien Fuß gesetzt worden. Diese restlichen acht sind auf dem Verwaltungswege vom Innenminister bestraft worden und zwar wurden verschickt Dr. Leonas Vistras, der im Lager der Christlich-Demokraten die führende Rolle spielt, für die Dauer von drei Monaten nach Alytus, Reserveoffizier Rimas nach Prienai, Dr. Delminaitis vom „XX. Anizius“ für sechs Monate in das Zwangsarbeitslager und der bekannte Voldemaras-Anhänger Hauptmann d. R. Ivonaitas nach dem Kreise Rajeimiai. Ferner wurden zwölf Studenten, die an den Studentenunruhen vom 10. Dezember führend teilgenommen hatten, vom Kaunener Kreisrecht wegen Störung der öffentlichen Ordnung und Nichtbefolgung der Anordnungen der Polizei zu Geldstrafen von 250 bis 750 Lit oder sieben bis 21 Tagen Arrest bestraft. Der Student Kiela wurde auf Anordnung des Innenministers für zwei Monate in das Zwangsarbeitslager verschickt.

### Chamberlain baut auf die Londoner City

London, 16. Dezember (Gta.) Ministerpräsident Chamberlain soll erklärt haben: Wenn sich überhaupt zwischen England und Deutschland jemals ein Konflikt ergeben sollte, so würden die finanziellen Hilfsquellen Englands in einem Krieg von langer Dauer sich sehr gut als entscheidender Faktor erweisen können. Diese Gewissheit begleite die Regierung stets und habe nach englischer Auffassung auf die Wahrung des Weltfriedens einen sehr großen Einfluß. Die Londoner City sei eine der größten Einfluszentren und Hilfsquellen Englands, die im Ausland ins Gewicht fielen.

## Panamericana

Da. Berlin, 14. Dezember. Der Verlauf der Panamerikanischen Konferenz in Lima wird gerade in Deutschland mit einigem Interesse verfolgt. Dafür besteht ein positiver und ein negativer Grund. Positiv wichtig ist für das Reich der Handelsverkehr mit den großen Staaten Südamerikas, der bekanntlich für beide Seiten von erstrangiger Bedeutung ist. Das negative Interesse des Reiches ist gegeben angesichts der von den Vereinigten Staaten ausgehenden Tendenzen, die panamerikanischen Bestrebungen zu Zwecken einer antisowjetischen und deutschfeindlichen Propaganda zu mißbrauchen.

Die beiden Eröffnungsvreden des zum Vorsitzenden gewählten argentinischen Außenministers Concha und des nordamerikanischen Staatssekretärs Hull haben nach deutscher Ansicht das Problem der Konferenz von Lima bereits deutlich gestellt. Der Vertreter Argentiniens hat betont, daß er sich von niemandem an Freue zum amerikanischen Ideal verpflichten lasse, daß ihm aber ein Pakt zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern Südamerikas überflüssig erscheine. Herr Concha hat auch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Argentinien auf die Freiheit seines Wirtschaftsverkehrs mit Europa, einschließlich Deutschland und Italien, besonderen Wert legt. Demgegenüber hat Roosevelt's Staatssekretär, wie nicht anders zu erwarten war, die panamerikanische Defensivgemeinschaft in möglichst fanatischer Weise geschildert. Er hat auch diesmal nicht auf die Schwarz-Weiß-Technik verzichtet, die Zivilisation und aktiven Beitrag zum Weltfrieden ausschließlich für die Doktrin der Demokratie, genauer gesprochen für die Vereinigten Staaten, in Anspruch nimmt. Deutscherseits überläßt man es voll und ganz den Vertretern Südamerikas zu entscheiden, ob ihnen der aus Washington angebotene Schutz nicht unangenehm als notwendig erscheint. Jedenfalls haben die Ausführungen des Herrn Hull zur Massenfrage mit ihrer eindeutigen Tendenz gegen Deutschland und Italien, wie man aus den Konferenzberichten bisher sieht, bei den Südamerikanern keineswegs verfangen.

### Die „gefährliche Stunde“ verlangt es...

Lima, 16. Dezember (Eltz). Der Außenminister Kolumbiens erklärte in einer Rede, in der er seinen Antrag auf Gründung eines amerikanischen Völkerbundes erläuterte: Europa müsse seine eigenen Angelegenheiten regeln, wie umgekehrt auch Amerika seine Angelegenheiten regeln müsse. Die Lösung eines einzelnen Staats gegenüber Konflikten auf anderen Kontinenten sollte zufällig von der kollektiven Zustimmung Panamerikas abhängig gemacht werden. Die Monroe-Doktrin sollte in entsprechend geänderter Form auf ganz Amerika ausgebeugt werden. Die „gefährliche Stunde“ verlange gebieterisch die Schaffung eines amerikanischen Völkerbundes. Weiter kam der Redner auf die Einwanderungsfrage zu sprechen.

### „Der kaiserswertheste Mann der Welt“

London, 16. Dezember. Der ehemalige britische Außenminister Eden weist zurzeit in USA; er reist durch das Land und hält Vorträge, die gegen die autoritären Staaten, also gegen Deutschland und Italien, gerichtet sind. Eden hat in England eine recht schlechte Presse, man nimmt ihn hier nicht mehr ganz ernst. Er ist bereits so etwas wie eine Panoptikum-Figur geworden, der „Meister-Dandy“, über den man nur noch lachen kann. Seine erste Rede hielt Eden bekanntlich in New York vor 4000 Großkapitalisten, zu denen er über die „Segnungen der Demokratie“ sprach. Die englischen Zeitungen vermerken vor allem, daß die New Yorker Frauenwelt Eden als den „kaiserswerthesten Mann der Welt“ bezeichnet. Der „Daily Express“ meldet, daß die Jagd auf Eden der Lieblingsport der New Yorkerinnen Damen geworden sei. Alle Blätter enthalten Bilder des hübschen Hauptmanns Eden, und schluchzende Berichterstatterinnen seien geradezu hingerissen von seinen geschwungenen Wimpern und seinem berühmten schwarzen Homburger Hut. Dann lesen wir weiter: Man hat ihm Filmengagements angeboten. Selbst würdige Geschäfte haben Zeichnungen in ihren Anzeigen angebracht, die Eden darstellen, um ihn der Kundenschaft zu empfehlen, die sich ebenso anziehen will, wie der distinguierte ausländische Besucher.

„Mein Herr Eden's gutes Aussehen“, so lesen wir ferner, „ist mehr Quatsch geschrieben worden als über einen Filmstar seit Rudolf Valentino. Kürzlich standen Hunderte von Frauen im bitterkalten Winde vor dem Hotel, wo Eden wohnt, um ihn zu sehen. Vor einer katholischen Kirche gab es fast einen Aufruhr, weil Herr Eden, der gar nicht katholisch ist, dort erwartet wurde. Es hatte sich herumgesprochen, er würde kommen. Dieses hatte genügt, um einen Frauenauflauf zu erzeugen.“

Ferner bemerkte eine Londoner Zeitung ironisch, daß Eden, der große Charmeur“ zum ersten Male in seinem Leben Galoshen getragen habe. Der Grund dieses originellen Einfalls war, so wird berichtet, ein Inspektionsgang Edens in die New Yorker Glendsviertel. Das Ehrengeleit gab ihm Minister Nathan Strauß, Siedlungsverwalter der amerikanischen Regierung. Dieser Nathan Strauß gab folgenden verblüffenden Beitrag zur „Ardeemokratie über sich selbst“ mit der sachlichsten Feststellung: „Sie werden sich hier wie zu Hause fühlen, denn Glendsviertel sind gemeinsame Sorge aller Demokratien“, worauf Eden in lebhafter Erinnerung an das Londoner Galtend und an die traurigen Erfahrungen der englischen Regierung mit den sogenannten „Spezial Areas“ nur schlicht antwortete: „An der Tat.“ Sein soziales Verbesserungstreiben habe Mr. Eden aber dadurch bewiesen, daß er mit seinen Galoshen in die Glendshäuser geschlüpft sei, wo Eden sogar Autogramme verteilt habe.

Nathan Strauß habe dann seinen Gast von den New Yorker Glendsvierteln in den Privatpfeisalaal einer der größten Wallstreetbanken gefahren, wo Anthony Eden in geselligem Beisammensein mit mehreren Multimillionären sich wieder mit praktischen Dingen der demokratischen Staatspolitik in freundlicher Atmosphäre beschäftigen konnte.

### Amtlicher Teil

#### des Turn- und Sportverbandes

Die Frauenabteilungen treten heute abend zum Umzug in Mantel und Basenmütze an.  
H. Ribbat, Verbandsturnwartin.

# England und USA. gegen Japan

Wirtschaftliche Maßnahmen gegen Japan geplant — Anleihen für China?

Tokio, 16. Dezember. (Eltz). „Tokio Asahi Shimbun“ schreibt heute: Nach Ansicht hiesiger politischer Kreise scheitern England und Amerika mehr als bisher entschlossen zu sein, die Regierung Tschingankais zu unterstützen. Gleichzeitig verhandeln England und USA über gemeinsame wirtschaftliche Gegenmaßnahmen gegen Japan; in USA plane man scheinbar Gegenmaßnahmen auf dem Gebiet des zwischenstaatlichen Warenaustausches. Außenminister Arita werde, so berichtet das Blatt, die japanischen Botschafter in London und Washington anweisen, sich über diese Fragen zu informieren.

An der grundsätzlichen Politik Japans könnten auch etwaige englisch-amerikanische Maßnahmen nichts ändern. Die Lage in Ostasien habe dem internationalen System, das bisher das alte Ostasien beherrschte, praktisch die Grundlage entzogen. Alle diplomatische Begriffe, wie etwa der Neunmächte-Pakt, seien auf die neue Lage nicht mehr anwendbar. Infolgedessen müßte der Grundsatz der „offenen Tür“ und der Gleichberechtigung in China einer Revision unterzogen werden. Japan beabsichtige jedoch nicht, die wirtschaftliche Betätigung anderer Mächte in China gänzlich zu beseitigen. Außenminister Arita werde demnach den Botschaftern Englands und Amerikas noch einmal eingehend den Standpunkt Japans darlegen und beide Mächte erneut auffordern, der neuen Lage Rechnung zu tragen.

### 50 Millionen Dollar-Anleihe für China?

Schanghai, 16. Dezember (United Press). Die chinesischen Zeitungen in Schanghai geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß Amerika bereit ist, China eine Anleihe von 50 Millionen Dollar zu gewähren. Angeblich würden die Anleihe-Verträge bereits in sehr absehbarer Zeit in Washington unterzeichnet werden.

Washington, 16. Dezember (United Press). Die offiziellen Stellen lehnen Kommentare zu den chinesischen Meldungen über die Gewährung einer Anleihe an China ab, aber in hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Niederlegung des Botschafters Johnson aus Tschinganking zur Berichterstattung mit diesen Anleihe-Projekten zusammenhängt. Von chinesischer Seite wird bereits über den Ankauf einer großen Anzahl von Lastkraftwagen in den Vereinigten Staaten verhandelt in der Annahme, daß die Gewährung von Krediten bereits sicher sei.

# Neuer Riesen-Finanzskandal in USA

Es handelt sich um eine Sparasse, die für 600 Millionen Dollar Gutscheine ausgekelt hat...

Washington, 16. Dezember (United Press). Ein neuer riesiger Finanzskandal beschäftigt die amerikanische Öffentlichkeit, nachdem sich erst vor kurzem bei einer New Yorker Drogenhandlung herausgestellt hat, daß von ihr angelegte Waren im Werte von 18 Millionen Dollar überhaupt niemals vorhanden waren. Bei dem jetzigen neuen Skandal handelt es sich um ein Sparkassen-Unternehmen, das für nicht weniger als 600 Millionen Dollar Gutscheine für Kapitaleinlagen ausgestellt hat, für die nach einem verwickelten System entsprechende Anteile wieder zur Auszahlung gelangen sollten. Die Gesellschaft hatte Zweigstellen in 58 amerikanischen Städten.

Der Börsenüberwachungsausschuß hat jetzt den Bundesrichter Arthur J. Lederle ersucht, gegen das Schwindelunternehmen eine dauernde Verfügung zu erlassen. Der Gesellschaft wird zum Vorwurf gemacht, keine genügende Deckung für ihre Trans-

### Britische Finanzhilfe für China?

London, 16. Dezember (Eltz). „Financial Times“ berichtet, daß die britische Regierung augenblicklich die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung Chinas erwägt, um auf diese Weise den japanischen wirtschaftlichen Maßnahmen, die der Politik der „Offenen Tür“ entgegengesetzt sind, entgegenzutreten.

### „Japan macht sich keine Sorge...“

Tokio, 16. Dezember (Eltz). Auf Anfrage eines Pressevertreters nach den Auswirkungen der amerikanischen Pläne, 45.000 Tonnen Schlachtschiffe zu bauen, auf das japanische Flottenbauprogramm, erklärte der Sprecher der Admiralität, daß Japan bisher noch keine amtliche Information über diese amerikanischen Pläne habe. Die Nachrichten über das amerikanische Flottenbauprogramm seien so verschieden, daß man daraus noch keine klaren Schlüsse ziehen könne. Aber selbst wenn die bisher bekannten Berichte richtig seien, so brauche sich Japan keine Sorge zu machen.

### Russisch-japanische Verhandlungen ohne Ergebnis

Tokio, 16. Dezember (Eltz). Wie „Domei“ meldet, seien bei den letzten Besprechungen zwischen dem japanischen Botschafter in Moskau, Togo, und Außenkommissar Litwinow in Moskau über ein Fischerei-Provisorium keine Ergebnisse erzielt worden, die auf eine Anerkennung der japanischen Forderungen schließen ließen. Litwinow habe verlangt, daß Japan noch ausstehende Forderungen Moskaus aus dem Verkauf der nordmandschurischen Bahn garantieren solle. Außerdem habe er behauptet, daß Japan mit Deutschland und Italien Verhandlungen über den Abschluß einer Antikomintern-Paktes unter den Namen eines Antikominternpaktes führe.“ Litwinow will hieraus eine „veränderte Lage“ konstatieren, die eine Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten in der Fischereifrage notwendig mache.

Botschafter Togo habe, wie „Domei“ weiter meldet, sofort erwidert, daß der Antikominternpakt, wie wiederholt betont worden sei, nichts mehr sei, als ein Abkommen gegen die Komintern. Die Unterredung sei sodann geschlossen worden. Nachdem Botschafter Togo im Namen der japanischen Regierung erklärt habe, daß Japan auf den Status quo beharre.

### „Schluß mit dem Ableger Moskau“ in Frankreich

400 französische Zeitungen fordern Verbot und Auflösung der kommunistischen Partei

Paris, 16. Dezember. Die französische Wochenzeitung „Je suis partout“ veröffentlicht den Wortlaut eines Aufrufes an das Parlament, der in der Anforderung gipfelt, die kommunistische Partei aufzulösen und zu verbieten.

In diesem Aufruf, der dem Blatt zufolge von 400 französischen Zeitungen aller politischen Richtungen übernommen werden soll, heißt es u. a.: Es gebe auf französischem Boden eine sogenannte politische Organisation, die erwiesenermaßen vom Ausland abhängig und die sich kommunistische Partei nenne. Das einzige Ziel dieser Partei sei der Ruin der westlichen Zivilisation, den sie durch den Bürgerkrieg, den allgemeinen Krieg und die Vernichtung allen nationalen Gutes erreichen wolle. In dem Aufruf werden sodann Auszüge aus dem Buch Léon Blums „Völkerverismus und Sozialdemokratie“ zitiert, in dem der jüdische Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei u. a. feststellt, daß der Kommunismus sich zur Aufgabe gesetzt habe, unter seinen Anhängern eine Stoktruppe zu organisieren, die in ständiger Mobilbereitschaft eine Art revolutionäres Berufsheer darstellen solle.

Jeder Staat, dem daran gelegen sei, seinen Bestand zu sichern — so heißt es in dem Aufruf weiter —, habe die notwendigen Schutzmaßnahmen ergriffen. 18 europäische Länder hätten bereits die kommunistische Partei aufgelöst, um wieder selbst Herr im Hause zu werden. Auch Frankreich müsse diesen Ableger des Auslandes außerhalb der nationalen Gemeinschaft stellen, da er in aller Deffektivität daran arbeite, die Bemühungen zur Wiederaufrichtung des Landes zu hintertreiben. Dem Parlament falle die Aufgabe zu, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Regierung aber müsse die Maßnahmen ergreifen, die das Wohl des Landes erforderten.

### Wrag wird die kommunistische Partei verboten

Prag, 16. Dezember (Eltz). Wie hier bekannt wird, wird die Regierung auf Grund des vom Parlament angenommenen Ermächtigungsgesetzes schon in den nächsten Tagen eine Verfügung erlassen, durch die die kommunistische Partei aufgelöst und verboten wird. Dadurch würden die kommunistischen Vertreter ihre Mandate sowohl im Parlament wie auch in den Selbstverwaltungskörpern verlieren.

### Linksputsch in Ecuador bereitet

Paris, 16. Dezember. Die französische Nachrichtenagentur „Davas“ meldet aus Quito (Ecuador), daß der Präsident von Ecuador eine Verfügung erlassen habe, die die Auflösung des Parlaments anordnet infolge des Beschlusses der Linksopposition, zu ihrem Haupt den General Zarrea zu wählen. In einer Erklärung kündigt der Präsident seine Absicht an, weiterhin gemäß der Verfassung und den Gelehen der Republik zu regieren, ohne eine Diktatur einzuführen.

Eine zweite Verfügung, die um 5 Uhr früh erlassen wurde, beruft das Wahlkollegium ein, das für das nächste Jahr neue Parlamentswahlen vorbereiten soll. Die Wahlen werden am zweiten Sonntag im Mai stattfinden und die neu gewählten Kammern werden am 10. August zusammentreten. Verschiedene Mitglieder des aufgelösten Parlaments veruchten, trotz der Auflösungsverfügung der Regierung weiterzutagen. Sie wurden verhaftet. In politischen Kreisen Quitos ist man der Ansicht, daß die energiegelassen Maßnahmen der Regierung den Plan der äußersten Linken, die Macht zu ergreifen, unmöglich gemacht haben.

Die Nachricht von dem verübten kommunistischen Staatsstreich in Ecuador hat in Lima ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Gewissen Delegierten, die aus albu durchsichtigen Gründen immer von einer „sachlichen Bedrohung“ sprachen, ist die Meldung über den neuen Linksputsch offensichtlich unangenehm gekommen.

Wie man aus Quito erfährt, hat der Verteidigungsminister der Presse mitgeteilt, daß das Militär die Anordnungen des Staatspräsidenten anerkenne. Sämtliche Nachrichtenzentralen sind militärisch besetzt worden. Gerüchtheilweise verlautet, daß auch der Präsident des Parlaments, Artzaga Zuque, verhaftet wurde.

### Francos-Sieg für USA unerwünscht

New York, 16. Dezember (Eltz). Wie „Herald Tribune“ aus Washington meldet, hat Eden in „inoffiziellen“ Gesprächen mit Roosevelt und anderen Mitgliedern der amerikanischen Regierung das Problem der Kriegsschuld und der nordamerikanischen Verteidigungspläne nicht berührt. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, so fährt das Blatt fort, habe man aber über die spanische Krise gesprochen. Man habe dem ehemaligen britischen Außenminister Eden zu verstehen gegeben, daß die Regierung Roosevelts einen Sieg Francos nicht wünsche, da dies die USA-Interessen „schädigen“ würde. Eden habe erklärt, er hoffe, daß die britische Regierung General Franco nicht die Rechte einer kriegsführenden Partei gewähren werde.

### „Espionage“ im Panama-Kanal?

New York, 16. Dezember (Eltz). Das amerikanische Gericht in Cristobal soll, wie verlautet, den Angeklagten einer deutschen Schiffahrtslinie, Schadow, wegen Espionage verurteilt haben. Er soll die Befestigungen in der Nähe des Panama-Kanals fotografiert haben. Drei weitere, mit ihm verhaftete Personen und, unter denen sich ein Mädchen befindet, sind noch nicht abgeurteilt. Der Verteidiger des Verurteilten hat gebeten, den Fall noch einmal zu untersuchen; bevor dies nicht geschieht, wird das Urteil nicht verkündet.

### New Yorker Finanzmann verhaftet

New York, 16. Dezember (Eltz). Der Präsident und Stellvertretende Schachmeister der bekannten Drogen-Engrofirmen M. Kession & Robinson ist verhaftet worden. Er ist in einem Finanzskandal verwickelt, der als einer der größten in der Geschichte New Yorks bezeichnet wird. Es sollen, wie bereits gemeldet, Warenbestände im Werte von 18 Millionen Mark (108 Millionen Lit) verschwunden sein.

# Vorläufiges amtliches Wahlergebnis in der Stadt Wemmel

St. Nr.	Stimmbezirk	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung		Stimmen für		Für Liste 1. in Proz.
			abgegeb. Stimmen	in Prozent	Liste Dr. Neumann	Liste 2-5	
I	Friedrichsstadt-Schule	2 155	2 070		50 656	9 819	
II	Altstädtische-Schule	1 846	1 292		24 903	12 508	
III	Duonelaitis-Schule	933	920		21 789	4 740	
IV	Schule Janischken	2 229	2 172		40 688	19 385	
V	Auguste-Viktoria-Schule	2 307	2 250		51 648	13 424	
VI	Schützenhaus	2 156	2 076		40 688	19 385	
VII	Simon-Dach-Schule	1 829	1 806		41 786	10 389	
VIII	Ferdinandplatz-Schule	1 653	1 596		36 513	9 733	
IX	Ballaßplatz-Schule	1 742	1 710		40 567	8 913	
X	Rant-Schule	2 402	2 348		55 389	12 431	
XI	Mädchenschule = B. = Witte	1 925	1 885		49 653	3 940	
XII	Schule-Schmelz I	1 478	1 444		33 609	8 182	
XIII	Schule-Schmelz II	1 273	1 231		31 363	4 250	
XIV	Schule-Schmelz III	1 223	1 208		29 236	5 659	
XV	Schule-Schmelz IV	284	284		7 304	927	
XVI	Städtisches Krankenhaus	154	154		4 292	174	
XVII	Kreisheilanstalt	16	16		464	—	
XVIII	Jüdisches Krankenhaus	14	14		348	58	
XIX	Rot-Kreuz-Krankenhaus	51	51		58	1 419	
		25221	24 521		576 614	131 994	